

### Textgegenüberstellung

<b>geltende Fassung</b>	<b>vorgeschlagene Fassung</b>
<b>Artikel II – Änderung des Nahversorgungsgesetzes</b>	
.....	.....
<p><b>§ 7.</b> (1) Für das Verfahren vor dem Kartellgericht und vor dem Kartellobergericht gelten die allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen einschließlich des Grundsatzes, daß kein Kostenersatz stattfindet, mit den in §§ 47 und 49 KartG 2005 festgelegten Besonderheiten, soweit im folgenden nichts anderes bestimmt wird.</p>	
<p>(2) Zum Antrag nach den §§ 1 bis 4 sind berechtigt</p> <p>1. die Bundeswettbewerbsbehörde, der Bundeskartellanwalt, die Wirtschaftskammer Österreich, die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte und die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs; auch wenn sie nicht Antragsteller sind, haben sie im Verfahren Parteistellung;</p> <p>2. Vereinigungen, die wirtschaftliche Unternehmerinteressen vertreten, wenn diese Interessen durch den Gegenstand des Verfahrens berührt werden;</p> <p>3. jeder Unternehmer, dessen rechtliche oder wirtschaftliche Interessen durch den Gegenstand des Verfahrens berührt werden.</p>	<p>(2) Zum Antrag nach den §§ 1 bis 4 sind berechtigt</p> <p>1. die Bundeswettbewerbsbehörde, die Wirtschaftskammer Österreich, die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte und die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs; auch wenn sie nicht Antragsteller sind, haben sie im Verfahren Parteistellung;</p> <p>2. Vereinigungen, die wirtschaftliche Unternehmerinteressen vertreten, wenn diese Interessen durch den Gegenstand des Verfahrens berührt werden;</p> <p>3. jeder Unternehmer, dessen rechtliche oder wirtschaftliche Interessen durch den Gegenstand des Verfahrens berührt werden.</p>
.....	.....
<b>In-Kraft-Treten</b>	<b>In-Kraft-Treten</b>
<p><b>§ 12.</b> Dieses Bundesgesetz in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 62/2005 tritt am 1. Jänner 2006 in Kraft.</p>	<p><b>§ 12.</b> (1) Dieses Bundesgesetz in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 62/2005 tritt am 1. Jänner 2006 in Kraft.</p>
	<p>(2) Dieses Bundesgesetz in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XX/2007 tritt am 1. Juli 2007 in Kraft.</p>